

José A. Zamora

Rechtspopulismus: Ausnahme Spanien?

»Ich betrachte das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie.«

Theodor W. Adorno

In praktisch allen Analysen über den Vormarsch der sogenannten Rechtspopulisten in Europa wird Spanien als Ausnahme dargestellt. Rechtsextreme Parteien haben kaum institutionelle Präsenz und nur marginale soziale Bedeutung. Eine mit Marine Le Pen, Geert Wilders oder Frauke Petry vergleichbare politische Figur gibt es nicht. Dies stellt man nicht ohne Erstaunen fest, da die angeblichen Gründe für das Erstarken politisch autoritärer Bewegungen und Parteien in Europa in Spanien besonders ausgeprägt sind: ökonomische Krise, Kürzungen der Staatsausgaben für die unteren Schichten, starke Einwanderung mit einem bedeutenden islamischen Anteil, politische Korruption, Misskredit der traditionellen Parteien usw. Dies sind alles Phänomene, aus denen die Rechtspopulisten ihr politisches Kapital zu schlagen scheinen.

Viele stimmen darin überein, dass Spanien keine rechtspopulistische Partei mit politischer Bedeutung kennt, weil sie in die regierende *Volkspartei* (Partido Popular) integriert ist. Nicht ganz zu Unrecht. Diese Partei wurde von Restkräften des Franquismus gegründet, zu denen sich Christdemokraten und Liberale gesellten, so dass sie ein breites Spektrum vom Zentrum bis zur extremen Rechten abdeckten. Bis jetzt ist es der Parteiführung gelungen, die rechtspopulistisch motivierte Wählerschaft an sich zu binden. Rechtspopulistische Abspaltungen aus der Partei haben keine Wahlerfolge erzielen können. Die unverkennbare Bedeutung der Franco-Diktatur für marginale rechtsextreme Gruppierungen innerhalb der Partido Popular darf aber nicht die verschiedenen Momente der breiter angelegten Allianz von Liberalismus und Konservatismus in der Partei sowie der neueren Geschichte Spaniens ausblenden. Nicht umsonst ist die mehr oder minder gelungene Distanzierung von der franquistischen Vergangenheit

der Partei mit Hilfe der von Ex-Präsident Aznar angestoßenen Neuanknüpfung an den spanischen ›konservativen Liberalismus‹ des 19. Jahrhunderts vollzogen worden. In dieser Tradition lässt sich die Verteidigung der liberalen Ordnung (Kapitalismus) mit einer moralischen Führung (christlichen Werten, Schutz des Abendlandes, nationaler Identität) verbinden. Die Staatssouveränität geht nicht von der Gesellschaft, sondern von den besitzenden Klassen (den sogenannten ›Leistungsträgern‹) aus, die ihre Legitimität nicht nur aus Bildung und Vermögen, sondern auch aus der Repräsentation eines moralischen Universums beziehen, in dem Tradition und religiös fundierte Werte (Familie, ›gesunder Menschenverstand‹, christliche Identität der Nation) weiterhin gelten. Diese Verbindung von ökonomisch-liberalen – nun neoliberalen – Prinzipien, politischem Liberalismus, Patriotismus und ›christlicher‹ Kultur ist nicht einzigartig in Europa, hat aber in Spanien eines ihrer wichtigsten Wirkungsfelder. Die Aufgabe des Staates ist es in diesem Zusammenhang, den ökonomischen Liberalismus auf einer moralischen Basis konservativer Prägung zu fundieren: einem Zusammenschluss im Dienste der Reproduktion politischer und ökonomischer Eliten, die das Land, seine Ressourcen und seine Leute als ihr Erbe betrachten und sie dementsprechend behandeln.

Die Aktualisierung dieses konservativen Liberalismus in den letzten zwei Jahrzehnten richtet sich am Modell der US-Neocons aus. Sie wird vom rechten Flügel der Partei aggressiv vorangetrieben und von der Mehrheit der Partei unter Rückgriff auf gemäßigte Kommunikationsformen mitgetragen. Das Vorgehen besteht darin, die tiefsten Ressentiments der konservativen und traditionellen Rechten durch eine offensive Politik neoliberaler Modernisierung und kultureller Mobilisierung unter Rückgriff auf das Freund-Feind-Schema und mittels einer neuen Art massenmedialen Kulturkampfes zu dynamisieren; das heißt: durch einen aggressiven Angriff auf die angeblich bestehende kulturelle Hegemonie der Linken und eine eigentümliche, stark klientelistisch orientierte Implementierung des neoliberalen Wirtschaftsprogramms, das zeitweise wie ein umgekehrter Keynesianismus funktioniert. Im Gegensatz zur geschichtlichen Erinnerung an die Gräueltaten der Diktatur betreibt man historischen Revisionismus, dessen Ziel es ist, den aktuellen politischen Feind, die Linke, als antimodern, auf die Vergangenheit fixiert, einseitig, rachsüchtig und zur Versöhnung unfähig darzustellen. In der Einwanderungsfrage betreibt man eine Kombination aus institutionellem Rassismus, Assimilationsforderung,

politischer Unterordnung mit stratifizierter Staatsbürgerschaft und wirtschaftlicher Ausbeutung mit extremer Prekarisierung. Menschenrechte an den Grenzen: unbekannt. Asyl: wird nicht gewährt. Gegenüber kultureller, politischer, religiöser und sozialer Vielfalt wird die Hegemonie eines zur Normalität erhobenen Traditionalismus verteidigt; abweichende Denk- und Verhaltensformen werden zu tolerierten, subalternen Absonderlichkeiten degradiert, denen Existenzberechtigung, aber kein Anspruch auf Gleichstellung zugestanden wird. Man denunziert Toleranz gegenüber Andersdenkenden als Schwäche, als Naivität gegenüber dem Gegner, als Gefahr für ein imaginäres, homogenes Abendland und seine Werte: Familie, individuelle Freiheit, Arbeit, Fleiß, Disziplin, Christentum, Nation, Wahrheit, Ordnung und vor allem ›gesunder‹ Menschenverstand. Die ›normalen‹, anständigen Bürger seien in die Enge getrieben und zu einer schweigenden Mehrheit gemacht worden, deren Stimme nun die *Partido Popular* ist. Daher verwandelt die neokonservative Offensive Realität und Identität in die gegen eine elitär-linksintellektuelle Minderheit zu verteidigende Wahrheit von einem ›Wir‹ – den gewöhnlichen Leuten –, das sich in der nationalen, religiösen und politischen Tradition behauptet (beziehungsweise behaupten soll).

So verbindet sich der neoliberale Sozialdarwinismus des Standortkampfes in globalisierter Konkurrenz mit dem nationalen Geist alter und neuer Prägung zu einer eigentümlichen Synthese: der ›Marke‹ Spanien. Abbau des Wohlfahrtsstaats, Liberalisierung, Ausmerzung sozialdemokratischer ›Hinterlassenschaften‹ gehören ebenso dazu wie die Verteidigung des Abendlandes gegen den Islam beziehungsweise der spanischen Nation gegen ihre ›Zersetzer‹. Höchstes Ziel der Nation ist es, sich als kapitalistischer Standort zu behaupten. Wer die patriotische Größe beschmutzt, behindert den wirtschaftlichen Erfolg der Nation. Wer die neoliberale Wirtschaftspolitik kritisiert, begeht Verrat an der Nation und befördert – absichtlich oder nicht – ihre Dekadenz. Hierbei spielen die Fragen der Einheit Spaniens gegenüber den Unabhängigkeitsbestrebungen baskischer und katalanischer Nationalisten sowie der moralischen Prinzipien der ›anständigen‹ Leute gegenüber moralischem, familiärem, sexuellem Relativismus und Multikulturalismus eine fundamentale Rolle. Säkularismus/Relativismus und Islamismus bilden dergestalt zwei Fronten der Konfrontation: die interne und die externe Front. Die Konfrontation wird mit aller Härte geführt, und zwar sowohl in Bezug auf den inneren und äußeren

›Kampf der Zivilisationen‹ als auch in Bezug auf die kapitalistische Konkurrenz. In dieser Logik verlangt wirtschaftliche Effizienz eine Befreiung des Profits von Steuerbelastungen und Sozialausgaben. Der Wohlfahrtsstaat ist nicht mehr haltbar. Die Steuern ›ersticken‹ die Wirtschaft, und die Arbeitsrechte behindern das ökonomische Wachstum. Als Nation ganz vorne zu sein, bringt also soziale und individuelle Kosten mit sich. Alles zum Wohle der Nation. Um diese Strategie vor Protest und Widerstand zu schützen, schreckt man nicht davor zurück, einen autoritären Kurs einzuschlagen: das sogenannte ›Knebel-Gesetz, die Kriminalisierung von Meinungen und Kunst, die Verschärfung des Strafrechts, die Normalisierung des ›Ausnahmestandes‹ in Katalonien usw.

Es ist nicht einfach einzuschätzen, inwieweit der konservative Liberalismus sozial, kulturell und politisch wirklich als hegemonial betrachtet werden kann. Immerhin hat die *Partido Popular* das Land in 15 von 41 Jahren Demokratie regiert, davon zwei Legislaturperioden mit absoluter Mehrheit im Parlament. Zweifellos hat sich die breite Mittelschicht zeitweise mit dem konservativ-liberalen Diskurs identifiziert und aus dieser Perspektive ihre Lage gedeutet. Wirtschaftserfolg und Nationalstolz waren die beiden Säulen der Bürgerloyalität, auch über die konservative Wählerschaft hinaus: die postdiktatorische Periode wurde zu einer international anerkannten Erfolgsgeschichte. Die Bedeutungslosigkeit von rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen Parteien in Spanien zwingt also dazu, den Blick auf diese Verbindung von autoritärem Kapitalismus und konservativem Liberalismus als derjenigen Form zu richten, in der Rechtspopulismus in der Demokratie waltet. Für diesen ›demokratischen‹ Nationalismus ist die Nation sowohl eine ›Volksgemeinschaft‹ als auch ein Unternehmen im globalisierten Konkurrenzkampf; es verlangt den ›Volksgenossen‹ Opfer ab und kann ohne den eingespielten Gehorsam gegenüber der politischen und wirtschaftlichen Führung nicht bestehen. Den Rechtspopulismus aus Verelendungserscheinungen erklären zu wollen, die aus der Krise hervorgehen, lässt seine Bedeutung im Inneren des demokratischen Nationalismus in sogenannten wirtschaftlichen Expansionsphasen außer Acht, wenn Beschäftigung und Wachstum, Ordnung und sozialer Frieden die herrschende Wahrnehmung kapitalistischer Verhältnisse prägen. Und wie der Fall Spanien zeigt, führt die Enttäuschung von konservativ-liberalen Versprechungen nicht unbedingt und unmittelbar zum Aufkommen rechtsextremer Parteien. Wie wirkt sich denn die Krise auf den konservativen

Liberalismus bzw. den ›demokratischen‹ Nationalismus aus?

Die Krise in Spanien hat die Schwächen der expansiven Phase gezeigt, die vor allem auf billigem Kredit, umfangreicher Privatisierung, EU-Unterstützung und der Immobilienblase basierte. Schockartig brach die wirtschaftliche Lage zusammen und mit ihr das Selbstbild Spaniens als eines Erfolgslands. Die Antwort der Parteien des bürgerlichen Lagers auf diesen Zusammenbruch war die staatliche Rettung der Kreditinstitute, die Kürzung von Staatsausgaben und die brutale Prekarisierung von Arbeits- und sozialen Verhältnissen – mit den zu erwartenden Folgen. Die Rechtfertigung der unpopulären Maßnahmen lautete wie eh und je: *there is no alternative*. Die davon betroffenen unteren Schichten, die wirklichen Verlierer der Krise, kauften die Botschaft ab: *»es lo que hay«* (es gibt, was es gibt). Und das heißt: isolierter und individualisierter Überlebenskampf. Gleichzeitig berichteten die Massenmedien vermehrt über die Korruptionfälle und die Vergehen der unheiligen Allianz von Eliten aus Politik, Finanz- und Großunternehmerkreisen, was zu einer von den unteren Mittelschichten getragenen Welle der Empörung und des Protests führte, die 15-M genannt wird, weil sie am 15. Mai 2011 begann. Sie fand ein weltweites Echo und war letztlich der Startschuss für die Occupy-Bewegung. Die Kritik am Sozialabbau, an den Lohnkürzungen, an der neoliberalen Globalisierung und an der Arbeitslosigkeit scheint einer linken Deutung und Politisierung der Krise das Wort zu reden, zumal vier Jahre später unerwartete Wahlerfolge einer neuen linken Partei – *Podemos* – folgten, die aber nicht unbedingt als Ausdruck der Proteste gesehen werden müssen. Wenn es so wäre, wie es üblicherweise interpretiert wird, hätte die Krise sowohl das Programm des autoritären Neoliberalismus als auch die Hegemonie des konservativ-liberalen Diskurses ins Wanken gebracht. Ist es aber so?

Von *Podemos* selbst ist die Interpretation vorgetragen worden, sie kanalisieren die Unzufriedenheit und die Empörung über die Krise des Kapitalismus, die anderswo in Europa in rechtspopulistischen Parteien Ausdruck gefunden hätte. Dieser Gefahr versucht *Podemos* mit einem linken Patriotismus zu begegnen, in dem es vor allem um gerechte Verteilung des Reichtums, Arbeit für alle, fairen Handel, öffentliche Kontrolle des Finanzsektors, gerechte Löhne, gut finanzierte Staatsleistungen und einen ›starken‹ Staat, der den unteren Schichten dient, geht: sozial umgedeuteten Patriotismus ohne Traditionalismus, ohne konservative Identitätspolitik, ohne Ausländerfeindlichkeit und ohne aggressive Außenpolitik. Das

markiert den Unterschied zu den Rechtspopulisten.

Woraus soll aber der Staat seine Stärke ziehen, wenn nicht aus ›nationalem‹ Wirtschaftswachstum? Wie lässt sich dieses absichern, wenn nicht unter den Bedingungen, die durch die Standortkonkurrenz des globalen Kapitalismus definiert werden. Die Folgen dieser Bedingungen für das ›Volk‹ will man vermeiden, ohne auf die Finanzmittel einer starken nationalen Wirtschaft zu verzichten, das heißt, ohne den kapitalistischen Rahmen der Kapitalverwertung wesentlich zu modifizieren. Verteilt werden soll es aber anders, was aber hieße, es müssten sozialdemokratische Wege eingeschlagen werden. Es ist jedoch die Verbindung von Patriotismus bzw. nationalem Sozialstaat und der Erwartung, dass die nationale kapitalistische Wirtschaft erfolgreich sei, die die politische Durchschlagskraft des konservativen Liberalismus bei den sogenannten ›kleinen Leuten‹ ausmacht und die (alt)sozialdemokratische Reformpolitik verdrängt hat. So nimmt es nicht wunder, dass trotz Fragmentierung der politischen Landschaft in Spanien in den zwei letzten Wahlen weiterhin die bürgerlichen Parteien konservativ-neoliberaler Prägung die Oberhand behielten – mitten in der Krise. Die ›neue‹ neoliberale Partei *Ciudadanos* (Bürger) bietet sogar eine attraktivere, modernere Version des konservativen Liberalismus an, der sich vom Traditionalismus der *Partido Popular* gelöst hat, so dass die Frage nach der Hegemonie im bürgerlichen Lager sich damit erledigt hat. Auch der Linkspopulismus kann auf die Verbindung von Patriotismus und einer erfolgsorientierten, nationalen, kapitalistischen Wirtschaft nicht verzichten, wenn er nach der Repräsentation der ›normalen‹ Bürger strebt und auf Wahlerfolge abzielt – wie die Ersetzung der Klassenfrage durch die Erzählung von ›oben und unten‹ und von den ›99 Prozent gegen die Kaste der Superreichen‹ zeigt. Der gemeinsame Nenner von Rechtspopulismus, Linkspopulismus und den Parteien des bürgerlichen Lagers ist die Verknüpfung eines als erfolgreich dargestellten Nationalstaats mit der erfolgversprechenden kapitalistischen Wirtschaft. Die ersteren betonen den Vorrang der Nation, der sich die Wirtschaftspolitik unterzuordnen habe. Die zweiten betonen den Vorrang der sogenannten ›kleinen Leute‹, denen ein starker, sozialdemokratisch umgestalteter Staat zu dienen hätte. Die dritten betonen den Vorrang des Kapitalstandorts, dem ein nationaler Wettbewerbsstaat zum Wohle der Nation und der oberen Schichten beistehen solle. Rechtspopulisten und Linkspopulisten teilen die Idealisierung des Spielraums politischer Staatsmacht. Konservative

Liberale vertreten eine Art von sachlichem Realismus marktwirtschaftlicher Verhältnisse. Bis jetzt bleibt die dritte der oben genannten Optionen, zumindest in Spanien, hegemonial, wenn es darum geht, die Loyalität der Mittelschichten zu gewinnen. Ob sich dies ändern wird, hängt von der Entwicklung dieser Schichten ab.

Die Erosion der Mittelklasse hat nicht erst mit der aktuellen Krise begonnen, sie hat sich aber mit ihr verschärft. Die Dramatik des bürgerlichen Lagers ist es gerade, dass die Krisendynamik des Kapitalismus jene Mittelschichten zu dezimieren droht, die bis jetzt seine sichere Machtbasis bildete: ›demokratische‹ Politik, fundiert auf einer breiten ›gesunden Mitte‹. Die Desintegrationserscheinungen, die soziale Verunsicherung, der Statusverlust oder die Angst vor ihm, die Deklassierungsprozesse der Mittelschichten werden als die Hintergrundfolie des Vormarsches von rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen Bewegungen und Parteien dargestellt. Eine Gegenüberstellung der ›demokratischen‹ Politik der integrierten Mitte und des Rechtspopulismus der desintegrierten Mitte scheidet aber an dem Versuch, die Entwicklung in Spanien zu erklären. Der konservative Liberalismus innerhalb der normalen demokratischen Politik kann auch in Krisenzeiten die extreme Mitte an sich binden, ohne dass die Gründe für diese Bindung sich grundsätzlich von denen unterscheiden, die den Zulauf zu rechtspopulistischen Parteien in anderen Ländern Europas nähren. Die spanische Ungleichzeitigkeit ist keine.